

Düngemittel. An verschiedenen Orten sind ganz bedeutende Anlagen zur Herstellung von Düngemitteln gegründet worden.

Salz. Große Mengen von Salz werden an verschiedenen Stellen in der Union produziert, einige Gesellschaften haben beträchtliche Summen zur Erweiterung der Salzförderung angelegt.

Wollwäschereien. Wegen der zunehmenden Wollausfuhr aus Südafrika sind seit dem Kriege mehrere neue Wollwäschereien in der Kapprovinz gegründet worden, die alle vollauf beschäftigt sind. Eine moderne Wollreinigungsmaschine ist von den Vereinigten Staaten in Port Elizabeth eingeführt worden. In Rubusie ist eine neue Wäscherei errichtet worden.

Verschiedene Industrien. Rohrstühle, Körbe usw. werden in der Union jetzt von heimischen Weibern hergestellt. — Tauc, Bindfaden, Packmaterial wird ebenfalls in Südafrika hergestellt. Sobald die nötigen Maschinen beschafft werden können, soll auch einheimischer Faserstoff dazu verarbeitet werden. — In Johannesburg werden **Rautschukgegenstände** hergestellt. — Die **Getreidemühlen** in Süd-Afrika haben vermehrte Arbeit

gehabt; es sind einige neue Mühlen erbaut. Ferner haben die **Reis- und Kuchenfabriken** zugenommen. — In Queenstown ist eine **Eisenpresserei**, in Benoni und Brakopan sind **Messinggießereien** gegründet worden. In Barberton ist ein **Schmelzofen** für sehr schwer schmelzbare Erze errichtet. — In Woodstock werden **Farben und Lacke** hergestellt und in Merebank ist eine **Fabrik zur Herstellung von Motorsprit** im Bau. — **Seifen- und Kerzenfabriken** haben für gesteigerten Bedarf zu arbeiten gehabt; daher sind auch in Prätoria, Delmore und Johannesburg neue Fabriken gegründet. — Im Prätoria-Distrikt werden **Dachziegel und Ziegelsteine** für Pflasterungszwecke, **Raminziegel, Töpferwaren** für Gärtneriezwecke und **Schornsteine** in zunehmendem Maße hergestellt.

Andere Wirtschaftszweige, über deren fortschreitende Entwicklung der Eisenbahndienst berichtet, sind die **Baumwollanpflanzungen** und die **Zuckerraffinerien**, der **Anbau von Bichorie und Rizinusölböhen**, die **Bohnenölsfabrikation**, **Fischkonservierung** und **Speckräucherei**, die **Herstellung von Explosivstoffen**, **Geflügelfutter**, **Fischmehl**, **Mineralwasser** und **Weinstein säure**. — 2 —

Ab schluß des Japan-Amerika-Abkommens

Nach einer v. 6. Nov. datierten Pekinger Meldung Reuters hat der japanische Gesandte der chinesischen Regierung mitgeteilt, daß Graf Ishii und Lansing ein Abkommen unterzeichneten, worin die Vereinigten Staaten die besonderen Interessen Japan in China anerkennen und Japan den Vereinigten Staaten nochmals den Grundsatz der offenen Tür für China bestätigt.

Bereits vor einiger Zeit tauchte in der englischen Presse die Meldung auf, daß Ishii in einer Rede in New York den guten Stand der amerikanisch-japanischen Beziehungen betont und anschließend die japanische Monroe-Doktrin für Asien verkündet habe. „London & China Selgr.“ v. 1. 10. zitiert aus der Rede: „Umstände, für die wir in keinem Sinne verantwortlich sind, gaben uns gewisse Rechte im chinesischen Gebiet, aber niemals in der Vergangenheit und niemals in der Zukunft versuchten wir oder werden wir versuchen, uns Gebiet in China anzueignen oder China seiner Rechte zu berauben. Wir wünschen stets ein aufrichtiger Freund und Helfer unseres Nachbarn zu sein und zu bleiben, denn wir sind mehr als jeder andere, ausgenommen China selbst, an einer guten Regierung Chinas interessiert. Nur müssen wir stets zu unserem eigenen Schutz verhindern, daß andere Nationen tun, was wir zu tun kein Recht haben. Nicht nur wollen wir es vermieden sehen, daß sie die Integrität und Souveränität Chinas antasten, sondern wir sind bereit, nötigenfalls die Unabhängigkeit Chinas gegen jeden Angreifer zu verteidigen und zu behaupten, denn wir wissen, daß unsere eigene Grenze bei jeder Invasion oder Einmischung in China bedroht sein würde.“ Aber die offene Tür sagte Ishii ferner: „Ich versichere Sie, daß die „Geschlossene Tür“ in China niemals die Politik meiner Regierung gewesen ist oder sein wird. Die Tür ist offen.“

Die Erklärung Ishiis läuft tatsächlich auf eine Proklamierung der asiatischen Monroe-Doktrin hinaus. Um so bezeichnender ist es, daß die englische Presse kurz darauf angewiesen wurde, eine solche Proklamierung als nicht erfolgt zu bezeichnen. Man wollte offenbar, teils aus Rücksicht auf Amerika, teils der eigenen Zukunft wegen, es vermeiden, daß Ishiis Programmrede als Monroe-Doktrin angesprochen und damit indirekt als solche anerkannt würde.

Noch läßt sich die Tragweite des japanisch-amerikanischen Abkommens nicht erkennen. Es verlautet nichts davon, was über Kwantung, die Mandchurie, die Südsee-Inseln und die zukünftige Machtregulierung auf dem pazifischen Ozean, die amerikanischen Stahllieferungen, die direkte Kriegshilfe Japans, die Unterstützung der Alliierten durch Geld, Lieferungen und Schiffe usw. abgemacht ist. Wahrscheinlich wird man hierüber auch nur wenig und das wenige bruchstückweise erfahren. Immerhin gestatten bereits einige Meldungen, gewisse Schlüsse zu ziehen:

Sehr bedeutsam ist der Wiedereintritt der Vereinigten Staaten in das internationale Bankensyndikat. Nach „Financial News“ v. 25. 10. hat die Regierung der Vereinigten Staaten China informiert, daß sie sich das Recht der Teilnahme an der vorgeschlagenen Währungsreformanleihe von 10 Mill. £ vorbehält. Das englische Blatt begrüßt am 26. 10. diese Ankündigung als Ansage des Wiedereintritts der amerikanischen Finanzleute in die internationale Bankengruppe.

Wenn diese Nachricht sich bestätigt (und das ist wahrscheinlich), so bedeutet das für die Chinapolitik der Vereinigten Staaten die Aufgabe der bisherigen Wilson-Politik. Der oftmals betonte Standpunkt, daß die Vereinigten Staaten die Anleihepolitik des Bankensyndikates nicht mitmachen könnten, weil sie auf Einmischung in innerchinesische Verhältnisse hinauslaufe, wird fallen gelassen. Die Vereinigten Staaten verzichten nunmehr auf ihre gesonderte Anleihepolitik und schließen sich dem Bankensyndikat an. Dieses aber steht heute infolge der finanziellen und wirtschaftlichen Aktionsunfähigkeit der anderen Mächte in China ganz unter japanischer Direktion, und der Beitritt Amerikas bedeutet daher die Unterwerfung Amerikas unter Japans finanzielle Führung. Es kann wohl nicht bezweifelt werden, daß gleichzeitig hiermit auch die gesamte amerikanische Wirtschaftspolitik in China sich der japanischen Führung unterordnet, und daß in Zukunft die wirtschaftliche Betätigung Amerikas in China ihren Weg über Tokio nehmen wird.

Es ist anzunehmen, daß auch weitergehende Abmachungen über die gegenwärtigen und zukünftigen Handelsbeziehungen

mit Japan und Amerika getroffen sind. Die Wirtschaftspolitik Europas muß für die Zukunft mit einem festen japanisch-amerikanischen Wirtschafts-bündnis rechnen.

Es scheint, daß sich die Wirkungen des Abkommens bereits in der Mandschurei geltend machen. Nach neuesten Telegrammen hat der Gouverneur von Kirin seine Unabhängigkeit von der Zentralregierung erklärt, und die englische Presse deutete dabei an, daß dies zu einem Eingriff Japans führen könne. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es sich hier um bestellte Arbeit handelt, und daß Japan sich den Vorwand schaffen will, um die Mandschurei von China loszulösen und in seine Verwaltung zu übernehmen, da nach Abschluß des amerikanischen Abkommens ein Einspruch Amerikas wohl nicht mehr zu befürchten ist.

Diese Auffassung kann sich auf eine Reihe von einschneidenden Regierungsmaßnahmen und die eifrige wirtschaftliche Betätigung Japans in der Mandschurei stützen.

Zuerst ist die Verwaltungsvereinheitlichung in der Mandschurei zu nennen. Terautschi teilte darüber Ende Juni in der Budgetkommission mit:

„Der Plan, die Verwaltung in der Mandschurei zu unifizieren, wird jetzt erwogen vom Privy Council und soll am 1. August in die Tat eingesetzt werden. Er bezweckt, größere Wirksamkeit der Verwaltungsmacht dort zu erreichen, wo sie jetzt durch drei Organe ausgeübt wird, den Generalgouverneur von Kwantung, die südmandschurische Bahngesellschaft und die dem auswärtigen Amt unterstehenden Konsuln. Der wesentlichste Punkt im neuen Plan ist die Verschmelzung der südmandschurischen Bahn mit den koreanischen Staatsbahnen und die Präsidentenstellung des Generalgouverneurs in der Gesellschaft. Die Stellung der Konsuln wird nicht berührt.“

Es läßt sich nicht feststellen, ob dies Programm bereits angenommen ist. Protest erhob sich gegen die Unterstellung der Bahngesellschaft unter den Generalgouverneur. Der Privy Council soll diesen Punkt bei allgemeiner Billigung des Programms abgeändert haben. Man scheint die Lösung derart vorzunehmen, daß Baron Nujiro Matamura, der Präsident der südmandschurischen Bahngesellschaft, zum neuen Generalgouverneur ernannt wird unter Rücktritt von der Leitung der Bahn, die in Zukunft von Direktoren ausgeübt wird.

Die Verwaltungsvereinigung der südmandschurischen Bahn mit den koreanischen Staatsbahnen geschieht in der Weise, daß erstere die ganze Betriebsleitung übertragen erhält. Der Staat haftet aber für ein Defizit der koreanischen Bahnen.

Im Zusammenhang mit dieser Reform steht die am 5. 7. erfolgte Ausgabe von 5,7 Mill. Yen neuer Obligationen (je 500 oder 1000 Yen, 6 % Zinsen, Barausgabe, rückzahlbar durch Auslösung vom 5. Jahre an innerhalb 10 Jahren). Außerdem will die Bahngesellschaft noch ihr Kapital durch Ausgabe von 200 000 neuen, auf 10 Mill. Yen lautenden Aktien erhöhen, die den alten Aktionären (1 neue auf 3 alte) angeboten werden sollen. Begründet wird diese Maßnahme mit geplanten neuen Unternehmungen, die etwa 9 Mill. Yen erfordern. („Jap. Amer. Comm. W.“ v. 11. 8.).

Hierzu kommt noch die Angliederung der Kirin-Tschangtschun-Bahn.

Seit langem arbeitet die japanische Regierung bei der chinesischen auf eine Reform des Anleihevertrages für diese Bahn hin. Die getroffenen Abmachungen scheiterten zuerst am Widerstand des chinesischen Parlaments, dann an Tschang-Hjuns Staatsstreich. Jetzt aber scheint der Abschluß der Verhandlungen nahezu erreicht zu sein. Die gesamte An-

leihe war seinerzeit auf 6,5 Mill. Yen bemessen, von denen bereits 2,5 investiert sind, sodas nunmehr eine weitere Aufwendung von 4 350 000 Yen erforderlich ist. (Jap. Adv. v. 15. 8.). Inzwischen soll nach Peking Gazette v. 7. 9. der Ausgabekurs dieser Ergänzungsanleihe von 4 350 090 Yen auf 91 %, der Zinsfuß auf 5 % und die Dauer auf 30 Jahre (die Japaner verlangten ursprünglich 50 Jahre!) vereinbart sein und ferner die oberste technische und geschäftliche Leitung den von der Südmandschurischen Bahngesellschaft zu ernennenden Beamten vorbehalten sein. Mit den neuen Mitteln wird wahrscheinlich der Ausbau der Bahn bis Nentschi (Tschintau) vorgenommen werden, für dessen Durchführung der Gouverneur von Kirin vor Tschang-Hjuns Staatsstreich bereits eine Reihe von Anordnungen getroffen haben soll.

Neben dieser Verwaltungs- und Verkehrszusammenfassung ist die geplante Einführung der Goldwährung in der Mandschurei zu erwähnen sowie die Einsetzung der Oriental Colonisation Co. als Bank für die Mandschurei (Vgl. Nr. 35, S. 592). Der militärischen Beherrschung dient die Anfang Juli erfolgte Verlegung von zwei japanischen Divisionen nach der Mandschurei.

Die Loslösung von der chinesischen Zollverwaltung wurde vor einiger Zeit in der japanischen und ostasiatischen Presse indirekt propagiert. Die Japaner verlangten unter Hinweis auf die Vorherrschaft ihres Handels in der Mandschurei, daß in den dortigen chinesischen Zollämtern als Leiter Japaner angestellt würden, ebenso wie auf Grund seiner Handelsstellung England die oberste Leitung der gesamten Zollverwaltung erhalten habe.

Wie sehr Japan den Mandschurienhandel an sich gerissen hat, zeigen die bei diesen Erörterungen veröffentlichten Zahlen über den japanischen Anteil am Außenhandelsverkehr des Jahres 1916 in Antung (= 98 %), Dairen (= 76 %) und Mutschwang (= 62 %).

Diese wirtschaftliche Durchdringung der Mandschurei soll durch eine Anzahl von Neugründungen noch weiter gefördert werden. Nach Japan Weekly Chronicle v. 14. 6. haben das Generalgouvernement von Kwantung und die Leitung der Südmandschurischen Bahn beschlossen, die Industrien entlang der Bahn und speziell im Bezirk Dairen möglichst zu entwickeln. Besonders soll die Bohnenölgewinnung sowie die Produktion von Salz, Zink und Eisen gefördert werden. Mit diesen Plänen hängt die oben erwähnte Kapitalschätzung der Bahn zusammen.

Es sollen bereits feste Abmachungen über ein großes Sodaunternehmen getroffen sein. Nach einer Version soll dies von der Dai Nippon Engyo Kaisha, die das alleinige Recht der Salzeinfuhr von Kwantung nach Japan hat, mit finanzieller Hilfe der Bahn und der Firmen Suzuki & Co. und Mitsui Bussan Kaisha betrieben werden, während nach anderer Meldung eine neue Aktiengesellschaft mit 10 Mill. Yen Kapital von den genannten Interessenten hierfür gegründet werden soll. Die Gewinnberechnung stützt sich darauf, daß dies neue Unternehmen Kwantung-Salz zu weniger als 20 Sen für 100 Rtn beziehen könne, während die Konkurrenz in Japan hierfür 63 Sen bezahlen müsse. Man hofft auf Grund dieses billigen Bezuges der englischen und deutschen Konkurrenz erfolgreich begegnen zu können.

Ein anderes großes Unternehmen ist von der Mitsui Bussan Kaisha gegründet, die lt. Jap. Adv. v. 7. 6. in Yokohama eine Bohnenölfabrik mit 10 Mill. Yen Kapital errichtet.

Eine Manchurian Hemp Weaving Company wurde vor einigen Monaten mit 1 Mill. Yen Kapital gegründet. Sie wird von J. Yamamoto, U. Noda, K. Moriya, S. Inouya usw. kontrolliert. (Jap. Adv. v. 24. 5.)

Ferner plant die Kuhara Mining Company große Minenunternehmungen zur Ausbeute der Nordprovinzen. Sie will, wie Jap. Adv. v. 2. 6. berichtet, ein großes Laboratorium eröffnen und systematisch das Land von Sachverständigen bereisen lassen. Hauptsächlich sucht man Kupferadern. Eine große Mine nahe Schanhaiwan soll bereits unter Kontrolle der Gesellschaft stehen. Ferner soll sie in Kirin eine große Mine bei Tschiapitau, die nur Kupfer und Gold produziert

erworben haben. In dieser Gegend soll die Gesellschaft bereits die heimischen Geschäftsmagnaten an sich gefesselt haben.

Wir sehen also eine eifrige Geschäftstätigkeit zur wirtschaftlichen Durchdringung der Mandchurei. Ob alle Pläne durchführbar sind, ist nicht abzuschätzen.

So stoßen z. B. im Bohnenhandel die Japaner auf den Widerstand der Chinesen, die sich zum Boykott gegen die Japaner zusammengeschlossen haben; allerdings erst, nachdem diese ihre früheren Lieferungsverträge bei der im Juli einsetzenden wilden Haufe rücksichtslos ausgenutzt hatten, sodas eine Anzahl chinesischer Händler mit etwa 3 Mill. \$ Verlust zusammenbrach und die Produktenbörse in Dairen mehrere Tage geschlossen werden mußte.

Ebenso hat England die drohende völlige Verdrängung der englischen Firmen aus dem Bohnenhandel dadurch verhindert, daß es für die Bohnen-, bzw. Bohnendoleinfuhr den Einkauf durch englische Firmen zur Bedingung machte.

*

Im ganzen genommen sehen wir also ein großes System von verwaltungs-, verkehrs-, finanz- und militärpolitischen Maßnahmen und wirtschaftlicher Expansion, um die Mandchurei ganz von Japan abhängig zu machen.

So liegt der Gedanke nahe, daß die Unabhängigkeitserklärung Kirins den Anlaß geben wird, um die Angliederung der Mandchurei endgültig zu vollziehen. Wenn auch Jschit offiziell erklärte, daß Japan territoriale Ziele in China nicht verfolgt, so ist anzunehmen, daß die Mandchurei im Vertrage mit Amerika bereits nicht mehr zu China gerechnet und daß amerikanischer Widerstand daher nicht zu erwarten ist. England hat wohl längst Japan diese Konzession gemacht und andere Mächte brauchen zurzeit nicht berücksichtigt zu werden.

Ebenso ist es als sicher anzunehmen, daß Japans Ansprüche auf Kaufschau und Schantung von Amerika anerkannt sind. Ob es ihm gelungen ist, für seine Sonderstellung in Amoy (Fukien) gegenüber Formosa Zusagen zu erhalten,

bleibt fraglich. Um das Bild der territorialen Ziele Japans in China vollständig zu machen, muß an den Erwerb Macaos von Portugal erinnert werden, sowie an den Plan für die gesamten Beziehungen Japans jetzt ein eigenes Kolonialamt zu errichten.

Das japanisch-amerikanische Abkommen, das offiziell China dem Schutze Japans unterstellt und Gebietsentfremdungen von China als unzulässig erklärt, tritt so ins Leben unter Anzeichen, die auf dauernden Verlust der zurzeit praktisch in japanischem Besitz befindlichen Gebiete Chinas hindeuten.

Ähnlich wird man den Programmsatz der offenen Tür bewerten müssen. Genau so, wie die Japaner es verstanden haben, trotz aller grundsätzlichen Betonung der Handelsfreiheit in der Mandchurei die fremden Konkurrenten aus dem Geschäft zu verdrängen, werden sie auch in China der Konkurrenz das Leben zu erschweren und sich weitgehende Vorrechte direkt oder indirekt zu sichern wissen. Man wird von der deutschen Beute den Löwenanteil nehmen, wird zahlreiche neue Konzessionen sich sichern und alte, mehr oder weniger zweifelhafter Natur, hervorholen und anerkennen lassen. Und die Amerikaner erhalten die Ehre, ihr Geld dem japanischen Chinageschäft anzuvertrauen, damit die japanischen Mittel gestreckt und das Risiko nach Möglichkeit abgewälzt werden kann. Baron Schibusara nimmt Morgan ins Schlepptau.

Wenn nun Amerika derartige Zugeständnisse an Japan in betreff China gemacht hat, dann ist andererseits nicht zu begreifen, daß Japan in Fragen der Kriegshilfe (Guthaben in Amerika, russische Munitionslieferungen und Kredite, Schiffsraum usw.) an Amerika wesentliche Zugeständnisse gemacht hat, wenngleich die Gestaltung der europäischen Kriegslage im Oktober Japan zu gute gekommen sein und Amerikas Forderungen bescheidener gestaltet haben wird.

Dr. P. Heile.

Chronik der Kriegsfinauzen

Die deutsche Reichsbank weist am 31. Oktober eine Vermehrung des Wechsel- und Schatzanweisungsvorteseuilles um 194 Mill. auf 11 737 Mill. M auf. Im Vorjahre war die Belastung in der vierten Oktoberwoche um rund 60 Mill. größer. Der Betrag der umlaufenden Noten erhöhte sich um 262 Mill. auf 10 400 Mill., während die fremden Gelder um 49 Mill. auf 5686 Mill. zurückgingen. Der Metallbestand weist eine Erhöhung von 4,8 Mill. M (davon 0,2 Mill. M Gold) auf. Die Darlehnskassen haben in der Berichtswoche Kredite in Höhe von 200,9 Mill. M gewährt. Ihr gesamter Darlehnsbestand ist damit auf 6738,5 Mill. M gewachsen. Von den ausgegebenen Darlehnskassenscheinen sind 167,9 Mill. M in den Verkehr geleitet. Der Bestand der Reichsbank ist daher nur um 33 auf 1012 Mill. M gestiegen.

Die Einzahlungen auf die siebente Kriegsanleihe haben sich auf 10 470, gleich 84 %, des bisher bekannt gewordenen Zeichnungsergebnisses erhöht. Die Darlehnskassen sind bisher für diese Anleihe nur mit 134,7 Mill. M in Anspruch genommen.

Der Umlauf an Kassenscheinen der Darlehnskasse Ober-Ost hat sich im Oktober von 118,7 auf 136,8 Mill. Rubel erhöht.

Die siebente österreichische Kriegsanleihe, über deren Begebung wir in der vorigen Übersicht berichtet haben, unterscheidet sich von der letzten nur ganz unwesentlich. Für die langfristige Anleihe ist der Begebungspreis wieder 92 1/2 %, für die (diesmal neunjährigen) Schatzscheine dagegen 94 1/2 %, gegen 94 bei der letzten Anleihe. Da die Banken 1/2 % vergüten und die Zeichner bei der langfristigen Anleihe eine einmonatliche Zinsenbonifikation erhalten, ist der wirkliche Zeichnungspreis 91 1/2 bzw. 94 %. Die Rentabilität der vierzigjährigen Anleihe

beträgt 6 1/2 %, die der Schatzscheine 6,4 %. Die Österreichisch-Ungarische Bank erhöht für die Zeichner die Lombardgrenze für festverzinsliche Wertpapiere von 75 auf 80 %. Die sechste Anleihe hatte in Österreich 5,2 Milliarden erbracht. Dieses Ergebnis glaubt man auch dieses Mal im ungünstigen Falle erzielen zu können.

Die neue ungarische Anleihe wird wieder in zwei Formen ausgegeben: als 6 % ewige Rente, kanonzinsbar ab August 1922, mit einer Realverzinsung von 6,3 %, und als 5 1/2 % ewige Rente, kanonzinsbar ab Mai 1925, mit einer der erhöhten Kursentwicklungschance entsprechend niedrigeren Verzinsung von 6,15 %. Die sechste ungarische Kriegsanleihe hatte 1,7 Milliarden erbracht.

*

Bei der Bank von England stieg nach dem Ausweis vom 1. November das Vorteseuille um 2,2 Mill. auf 92,8 Mill. £. Das Guthaben des Staates erhöhte sich um 3,8 Mill. auf 53,8 Mill., während die privaten fremden Gelder um 1,9 auf 122,4 Mill. £ sanken. Der Barvorrat nahm um 487 000 £ auf 56 Mill. zu, der Notenumlauf um 791 000 auf 42,4 Mill.

Der Betrag der umlaufenden Staatsnoten erhöhte sich in der letzten Oktoberwoche von 167,7 Mill. £ auf 167,9 Mill. £, der der Kriegszertifikate von 18,1 Mill. auf 19,3 Mill.

Die „Daily News“ behaupten, daß trotz aller Sparsamkeitspropaganda die Regierungssämter sich noch alle einen gewissen „Verachtung des Geldes“ schuldig machen. Es könnte sonst nicht vorkommen, daß im vierten Kriegsjahr noch 850 £ für die Bewachung eines einzelnen Umtes durch eine Schildwache ausgegeben werden. Der Generalstab werde noch immer nicht dazu